

Kann Geld doch stinken?

FINANZGESCHÄFTE Abwasserverbände spekulieren offenbar mit kommunalem Vermögen. Rechnungshof dokumentiert ersten Problemfall in Bad Dürrenberg.

VON JAN SCHUMANN
UND MELAIN VAN ALST

MAGDEBURG/MZ - Früher oder später bekommt fast jeder diesen Brief. Dann heißt es: Bitte zahlen! Sachsen-Anhalts Abwasserzweckverbände verschicken regelmäßig Rechnungen - das ist normal. Nicht normal ist: Einige der Verbände gehen offenbar nicht so sauber mit Geld um, wie sie es müssten. Der Landesrechnungshof untersucht landesweit, ob Verbände kommunales Geld am Finanzmarkt verzockten - mit hochriskanten Derivaten. Bei der Analyse der 50 Verbände wurde die Behörde nun erstmals fündig: in Bad Dürrenberg (Saalekreis). Finanzpolitiker fordern bereits eine Taskforce, um mit den Finanzproblemen aufzuräumen.

Oft sicher, teils hochriskant

In Bad Dürrenberg soll der Verband mit kommunalem Geld verbotene, hochspekulative Derivate gekauft haben. Es handelt sich dabei um sehr komplexe Finanzinstrumente, die eigentlich der Absicherung von Wertschwankungen dienen. Falsch angewendet können sie aber hohe Risiken bergen - und Löcher in die Kasse reißen. Deswegen gilt seit 2012

ein ausdrückliches Spekulationsverbot, fixiert per Erlass des Innenministeriums. Doch die Prüfer stießen offenbar dennoch auf eine Reihe von Verstößen.

Der Landes-Rechnungshof bestätigte der MZ, dass es im Fall Bad Dürrenberg verbotene Finanzgeschäfte mit Derivaten gab, äußerte sich aber nicht zur Größenordnung. „Uns wurde zudem angedeutet, dass es auch in weite-

ren Verbänden problematische Geschäfte gab“, sagte Olaf Meister (Grüne), Chef des Finanzausschusses im Landtag, der MZ. Aus Sicht des Abgeordneten verheerend: „Es besteht auch der Verdacht, dass Verluste aus solchen Geschäften auf die Bevölkerung umgelegt wurden“ - indem Verbände mehr Geld einforderten. „Das wäre verboten“, so Meister.

Dies ist ein entscheidender Punkt in der Debatte, geht es

50

ABWASSERVERBÄNDE

hat der Rechnungshof in einer umfangreichen Prüfung untersucht. Bei der Hälfte kamen Derivate zum Einsatz.

nach Finanzpolitikern im Landtag. Ihnen zufolge könnten nachgewiesene illegale Derivatgeschäfte erhebliche Folgen für Bewohner der Verbandsregionen haben. „Angenommen, aufgrund der Verluste mussten die Bewohner höhere Kosten an die Abwasserverbände zahlen - das wäre eine Katastrophe“, sagte Robert Farle (AfD). „Es wäre letztlich ein Betrug am Bürger.“ Aus seiner Sicht würde sich in diesen Fällen die Frage stellen, ob verschickte Kostenbescheide an Anwohner überhaupt rechtssicher wären - oder vor Gericht anfechtbar.

Aufgrund der ersten Informationen, die der Rechnungshof nun zum Fall Bad Dürrenberg öffentlich macht, lassen sich zu möglichen Auswirkungen noch keine Aussagen machen. Zumal die Prüfer weiter mitten in den

Analysen stecken. Nach einer ersten Übersichtsprüfung der 50 Verbände in allen elf Landkreisen untersuchte der Rechnungshof in einzelnen Kommunen auch gezielt vor Ort. „Derzeit werden die Daten ausgewertet“, heißt es bei der Behörde. So viel sei bereits bekannt: In 25 der 50 Verbände kamen Derivate zum Einsatz. Allerdings sind diese nicht generell verboten. Grenzen gibt es dort,

wo Finanzinstrumente „unkalkulierbare Risiken bei der Verwaltung des kommunalen Vermögens“ bergen, so der Rechnungshof. Diese Bewertung ist aber kompliziert. Die Abgrenzung von zulässigen und verbotenen Derivaten sei eine komplexe Rechtsfrage, die jeweils im Einzelfall beantwortet werden müsse.

Fall für neue Taskforce

Auf MZ-Anfrage bestätigte Bad Dürrenbergs Verbandsgeschäftsführer Franz-Xaver Kunert zunächst, dass es zwischen 1999 und 2011 Derivatgeschäfte gegeben habe. Nach seiner Darstellung also vor dem Spekulationsverbot. Zu Größenordnungen und möglichen Schäden äußerte er sich nicht. „Wir werden das Thema aber transparent aufarbeiten“, sagte Kunert, der erst seit 2017 im Amt ist. Der Grünen-Abgeordnete Meister brachte am Montag die Gründung einer landesweiten Taskforce ins Spiel, um akute Fragen zu klären: „Etwa: Sind die Bescheide in Ordnung? Gibt es womöglich strafrechtlich Konsequenzen?“ AfD-Mann Farle kritisierte das Innenministerium als Kommunalaufsicht dafür, „dass diese Geschäfte dort offen-

bar völlig unbemerkt blieben“.

*Mitteldeutsche Zeitung -
Saalekurier Halle, Saalekreis /
08.05.2018*

ABWASSERVERBÄNDE

Geldgeschäfte im Visier

MAGDEBURG/MZ - Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) will Derivatgeschäfte mit kommunalem Geld genehmigungspflichtig machen. Hintergrund ist der Skandal um verlustreiche Finanzspekulationen durch Abwasserzweckverbände. In einer ersten Schätzung sprach Stahlknecht am Freitag von einem landesweit zweistelligen Millionenschaden. Der Rechnungshof hat verbotene Derivatgeschäfte im Verband Bad Dürrenberg bestätigt, Prüfungen in weiteren Verbänden laufen. Stahlknecht will nun auch kleine Kommunen durchleuchten lassen. » Seite 2

Minister zügelt die Zocker

ABWASSERVERBÄNDE Holger Stahlknecht geht von einem Millionenschaden durch Finanz-Spekulationen aus. Bekommen Bürger die zu viel gezahlten Gebühren zurück?

VON JAN SCHUMANN

MAGDEBURG/MZ - Der Brief, den Sachsen-Anhalts Innenminister am Freitag Richtung Landtag abschickt, ist nüchtern formuliert. Doch er hat Sprengkraft. Holger Stahlknecht nimmt Stellung zu einer bisher einmaligen Überprüfung aller Abwasserzweckverbände durch den Landesrechnungshof. Der Verdacht: Einige Verbände sollen Gebührengeld am Finanzmarkt verzockt haben - mit verbotenen Derivaten. Stahlknecht (CDU) erwähnt in seinem Brief an Finanzausschuss-Chief Olaf Meister (Grünen) „ein erstes Prüfergebnis“: Der Verband in Bad Dürrenberg (Saalekreis) habe „entgegen dem Spekulationsverbot“ riskante Derivate gekauft. Und so verlor er offenbar Geld seiner Gebührenzahler.

Zweistellige Millionenverluste Belastbare Zahlen stehen nicht in dem Schreiben. Doch Stahlknecht nimmt die ersten Warnzeichen des Rechnungshofes sehr ernst. „Das ist keine kleine Nummer“, sagt Stahlknecht am Freitag in seinem Büro. „Ich gehe aktuell davon aus, dass landesweit eine zweistellige Millionensumme durch verbotene Derivatgeschäfte verloren gegangen ist.“

Wohlgemerkt: Diese erste Kalkulation umfasst nicht allein Bad

Dürrenberg, sondern auch andere Verbände, die mutmaßlich zockten und in denen der Rechnungshof aktuell noch prüft. Nach MZ-Informationen soll allein der Verband in Bad Dürrenberg mit Risiko-Derivaten Millionenverluste gemacht haben. Wie viele weitere Verbände verbotenerweise zockten, klärt der Rechnungshof derzeit. Doch mit Stahlknechts Äußerung steht seit Freitag erstmals eine Größenordnung der Verluste im Raum.

Derivate sind komplexe Finanzinstrumente, die eigentlich der Absicherung von Wertschwankungen dienen. Falsch angewendet können sie dennoch riskant sein. Deswegen darf kommunales Geld nicht in riskante Derivate investiert werden. Zuletzt wurde das „Spekulationsverbot“ 2012 in einem Erlass des Innenministeriums präzisiert.

Doch nun das: „Es gibt auch Anzeichen, dass Verluste auf Bürger umgelegt wurden, zumindest können wir das nicht ausschließen“, sagt Stahlknecht am Freitag. Dies wäre ein „ungeheuerlicher Vorgang“. Und gegen das Gesetz. Denn es ist den Verbänden verboten, am Finanzmarkt verzocktes Geld - das eigentlich zur Instandhaltung der Abwasser-Infrastruktur benutzt werden soll -

einfach über erhöhte Gebühren für Bürger reinzuholen.

Dass dies trotzdem geschehen ist, hält Stahlknecht inzwischen für so wahrscheinlich, dass er das Szenario in seinem Brief an den Finanzausschuss durchspielt: In diesem Fall müssten betroffene Abwasserverbände die Gebühren unverzüglich neu kalkulieren. „Im Zweifelsfall müssten auch alte Bescheide zurückgenommen werden“, ergänzt Stahlknecht. Das hieße: Zahler bekämen so möglicherweise Geld zurück.

Dies könne in der Regel zwar nur im Ermessen der Verbände geschehen, so Stahlknecht. „Aber in diesen Fällen wird sich ein erheblicher politischer Druck aufbauen.“ Weshalb er damit rechne, dass tatsächlich Geld an Gebührenzahler zurückfließen könnte.

Obwohl das Ausmaß dieses Finanzskandals sich erst andeutet und der Rechnungshof noch mit den Analysen steckt, fordert Stahlknecht bereits härtere Regeln. Per Gesetz will er künftig eine Genehmigungspflicht für Derivatgeschäfte festschreiben und so Finanzspekulationen mit kommunalem Geld eindämmen. Und er will die Überprüfungen von den Abwasserverbänden auf alle Kommunen im Land ausweiten. Investierten auch sie in verbotene Derivate? Bislang über-

prüft der Rechnungshof keine Kommunen bis 25 000 Einwohner, das will Stahlknecht ändern. Bis Juni will er zudem vom Landesverwaltungsamt eine Liste jener Kleinkommunen vorgelegt bekommen, die zuletzt in Derivate investierten - und verloren.

Wer ist verantwortlich?

Fehlte in den Abwasserverbänden über Jahre eine effektive Fi-

nanzkontrolle? In der Verantwortung sieht Innenminister Stahlknecht in erster Linie die Geschäftsführer der betroffenen Verbände, die kontrollierenden Verbandsversammlungen und die Finanzprüfer der Kreise. „Sollten sich die Verfehlungen bestätigen, geht es um Regressforderungen und Disziplinarverfahren“, sagte Stahlknecht. Es müsse zudem geprüft werden, ob strafrechtlich

relevantes Handeln vorliege.

„Das
ist keine
kleine
Nummer.“

Holger Stahlknecht (CDU)
Innenminister Sachsen-Anhalts

Mitteldeutsche Zeitung - Saalekurier Halle, Saalekreis / 12.05.2018

Riskante Milliarden-Wetten

Neue Dimension in der Debatte um problematische Finanzgeschäfte

Von Michael Bock

Magdeburg • In der Debatte um riskante Zinswetten erreichen die Zahlen in Sachsen-Anhalt eine neue Dimension: Der Landesrechnungshof hat auf kommunaler Ebene problematische Finanzgeschäfte im Volumen von zunächst 1,23 Milliarden Euro entdeckt.

Es ist Kommunen untersagt, unkalkulierbare Risiken bei der Verwaltung kommunalen Vermögens einzugehen.

In mindestens 267 Fällen wurden sogenannte Derivatgeschäfte abgeschlossen. Betroffen sind drei Landkreise, zwölf Städte (über 25 000 Einwohner)

und 25 Abwasserverbände. In wie vielen Fällen es sich tatsächlich um verbotene spekulative Geschäfte handelt, wird noch geprüft. Fündig geworden sind die Prüfer bereits beim Abwasserverband Bad Dürrenberg (Saalekreis). Dort wurden durch riskante Zinswetten Verluste von mehr als vier Millionen Euro eingefahren. Finanzexperten gehen davon aus, dass in anderen Fällen noch höhere Beträge in den Sand gesetzt worden sind. Es erhärtet sich der Verdacht, dass manche Kommunen die Verluste ihrer Zockerei in ihre Haushalte eingerechnet haben. Bürger könnten dadurch

für die Verluste zur Kasse gebeten worden sein – zum Beispiel durch höhere Abwassergebühren. „Das darf nicht sein“, sagte Grünen-Finanzexperte Olaf Meister. „Zu viel gezahltes Geld müssten die Bürger dann zurückbekommen.“

Das Land will Finanz-Zocker nun an die kurze Leine nehmen. Künftig soll das Landesverwaltungsamt potenziell problematische Finanzgeschäfte vorab prüfen. CDU und Grüne fordern zudem, dass der Rechnungshof in Zukunft auch Kommunen mit weniger als 25 000 Einwohnern prüfen darf. Die SPD sperrt sich dagegen.

Magdeburger Volksstimme / 01.06.2018



Wasserverband verzockte vier Millionen Euro Rechnungshof nennt erste Prüfungsdetails.

VON JAN SCHUMANN

MAGDEBURG/MZ - Der Abwasser-
verband Bad Dürrenberg (Saale-
kreis) hat bei riskanten Zinswet-
ten zwischen 1999 und 2011 vier
Millionen Euro kommunales Geld
am Finanzmarkt verloren. Das
geht aus ersten Prüfergebnissen
des Landesrechnungshofs hervor,
die die Behörde am Donnerstag
präsentierte. Die Prüfer rollen
landesweit den Skandal um ver-
zocktes Kommunalvermögen in
Abwasserzweckverbänden auf.

Mittlerweile ist klar: Das Volu-
men der untersuchten Derivatge-
schäfte ist landesweit größer als
Prüfer und Finanzpolitiker ver-
muteten. Der Rechnungshof er-
klärte in seinem Zwischenbericht,
dass „der Einsatz derivativer
Finanzierungsinstrumente auf
kommunaler Ebene in Sachsen-
Anhalt nicht nur eine vereinzelte
Erscheinung“ ist. Stattdessen
machten Kommunen und Zweck-
verbände „flächendeckend“ davon
Gebrauch. Das landesweite Ge-
samtvolumen bezifferte sich auf
1,23 Milliarden Euro. So habe die
Hälfte der 50 Abwasserzweckver-
bände Derivate genutzt. Zudem
gibt es Bestätigungen für zwölf

Städte mit mehr als 25 000 Ein-
wohnern sowie drei Landkreise.

Wie problematisch all diese
Fälle sind, muss der Rechnungs-
hof nun einzeln analysieren. Hin-
tergrund: Derivate sind komplexe
Finanzinstrumente, die eigentlich
Wertschwankungen absichern
sollen. Falsch angewendet bergen
sie dennoch hohes Spekulations-
risiko - wie in Bad Dürrenberg, wo
vier Millionen Euro am Finanz-
markt in Rauch aufgingen.

Aufgrund der ersten Prüfergeb-
nisse debattiert die schwarz-rot-
grüne Koalition über Konsequen-
zen. Die SPD verweigert sich ei-
nem Vorschlag von Innenminister
Holger Stahlknecht (CDU) und
den Grünen, wonach der Rech-
nungshof künftig auch Kommu-
nen unter 25 000 Einwohner auf
Derivatgeschäfte prüfen kann -
zumindest anlassbezogen. SPD-
Innenpolitiker Rüdiger Erben
hält dagegen, er wolle das aktuelle
Prüfsystem nicht einreißen. Grü-
nen-Finanzpolitiker Olaf Meister
verwies indes auf eine womöglich
große Dunkelziffer im Land.

Mitteldeutsche Zeitung - Saalekurier Halle, Saalekreis / 01.06.2018

